



**POSITIONIERUNG DER REGIONALEN NETZSTELLE
NACHHALTIGKEITSSTRATEGIEN WEST
ZUR FORTSCHREIBUNG DER
DEUTSCHEN NACHHALTIGKEITSSTRATEGIE 2020**

 **RENN.west**



IMPRESSUM

HERAUSGEBER:

Regionale Netzstelle Nachhaltigkeitsstrategien West

PROJEKTBÜRO:

Komplex Bonnjour
Baunscheidstraße 17
53113 Bonn
Telefon +49 (0) 228 - 207 176 50
west@renn-netzwerk.de
www.renn-netzwerk.de/west

V.i.S.d.P.:

Dr. Klaus Reuter
Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V.
Konsortialführung RENN.west
Deutsche Straße 10
44339 Dortmund

www.lag21.de

REDAKTION:

Marie Halbach (Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V. (LAG 21 NRW)),
Michael Hauer (Energieagentur Rheinland-Pfalz GmbH), Marie Heitfeld (Germanwatch e.V.),
Prof. Klaus Helling (Umwelt-Campus Birkenfeld der Hochschule Trier (UCB)),
Kim Lisa Marcus und Reiner Mathar (Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung
Hessen e.V.), Michael Matern (UCB), Barbara Mittler und Sarah Muntschick (Entwicklungs-
politisches Landesnetzwerk Rheinland-Pfalz e.V.), Dr. Klaus Reuter (LAG 21 NRW),
Stefan Rostock (Germanwatch e.V.), David Schwarz und Ana Stevanović (LAG 21 NRW)

LAYOUT:

Grit Tobis // contact@grittobis.com

DRUCK:

saver-print GbR, Marktbreit

BILDNACHWEIS TITELSEITE:

RENN.west // Clemens Hess

1. Auflage, Bonn, Februar 2020



Mit mineralölfreien Druckfarben klimaneutral auf zertifiziertes Recyclingpapier gedruckt.

Weitere Informationen:

www.renn-netzwerk.de/west



INHALTSVERZEICHNIS

RENN.west – DAS NETZWERK STELLT SICH VOR	4
1. EINFÜHRUNG	6
2. GEMEINSCHAFTSWERK NACHHALTIGKEIT	8
3. POLITIKINHALTE	9
3.1 Finanzen	9
3.2 Klimaschutz	11
3.3 Landwirtschaft und Biodiversität	12
3.4 Mobilität	14
3.5 Bildung	16
4. GOVERNANCE	17
4.1 Nachhaltigkeit im Grundgesetz	17
4.2 Verankerung im Parlament	18
4.3 Zielsystem und Indikatorik	18
4.4 Horizontale und vertikale Integration	20
4.5. Strukturwandel nachhaltig und partizipativ gestalten	21
4.6 Vision 2030 für ein Nachhaltiges Deutschland & Kommunikationsoffensive	22
5. ZUSAMMENFASSUNG	23
QUELLENVERZEICHNIS	26



RENN.west – DAS NETZWERK STELLT SICH VOR

Vier Regionale Netzstellen Nachhaltigkeitsstrategien (RENN.nord, RENN.mitte, RENN.süd und RENN.west) sowie eine Leitstelle beim Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE) sind 2016 mit der Neuauflage der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie (DNHS) über das Bundeskanzleramt eingerichtet worden. Sie sind seitdem fester Bestandteil der Deutschen Nachhaltigkeitsarchitektur.

Die hier vorliegende Positionierung zur Fortschreibung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie wird von der Regionalen Netzstelle Nachhaltigkeitsstrategien West (RENN.west) eingebracht. RENN.west ist ein Bündnis von sieben Organisationen in den Bundesländern Hessen, Nordrhein-Westfalen (NRW), Rheinland-Pfalz und Saarland und agiert damit für eine Region mit etwa 30 Millionen

Einwohner*innen.¹ Unsere Kompetenz sind Nachhaltigkeitsstrategien auf verschiedenen Ebenen – von der kommunalen bis hin zur globalen Ebene. Als strategische Zielsetzung stellt RENN.west fünf Schwerpunkte in den Fokus der gemeinsamen Arbeit:

1. Wissenstransfer zur Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, der Agenda 2030 und den Nachhaltigkeitsstrategien der Bundesländer
2. Vernetzung und Professionalisierung von heterogenen Zielgruppen aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft, Kommunen und Politik
3. Bestärkung der unterschiedlichen Zielgruppen in der Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs) der Agenda 2030

¹ Als Partner arbeiten die Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung Hessen e.V., das Entwicklungspolitische Landesnetzwerk Rheinland-Pfalz e.V., der Umwelt-Campus Birkenfeld der Hochschule Trier, die Energieagentur Rheinland-Pfalz, die Europäische Akademie Otzenhausen gGmbH, Germanwatch e.V. und als Konsortialführerin die Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V. mit einer Geschäftsstelle in Bonn zusammen.



Foto: © RENN.west /
Clemens Hess

4. Initiierung und Begleitung von Prozessen, Strukturen und Projekten zur wirksamen Umsetzung der SDGs im Rahmen der Agenda 2030

5. Mitgestaltung von Politik (für eine Nachhaltige Entwicklung) durch gezielte Diskursformate und Stellungnahmen gegenüber Bund, Ländern und Kommunen

Diese Position ergänzt und bekräftigt die Stellungnahmen und inhaltlichen Beiträge, die RENN.west bereits im Rahmen des Internationalen Peer Reviews 2018,² zum vergangenen Fortschreibungsprozess 2018³ sowie im RENN-Netzwerkbericht 2019⁴ zur Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeits-

strategie eingebracht hat. Grundlage der Positionierungen sind Ergebnisse aus zahlreichen Dialogveranstaltungen sowie eigene Analysen. Bei der Auswahl der Themen wird kein Anspruch auf eine vollständige Behandlung aller nachhaltigkeitsrelevanten Themen erhoben. Vielmehr ist die Auswahl durch die fachliche Expertise bzw. Arbeitsschwerpunkte der Partner begründet.

2 RENN.west Stellungnahme zum Internationalen Peer Review 2018: <https://www.renn-netzwerk.de/west/detail/news/rennwest-beteiligt-sich-am-peer-review-prozess>

3 RENN Stellungnahme zum Konsultationspapier der Bundesregierung „Aktualisierung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie 2018“: <https://www.renn-netzwerk.de/west/detail/news/stellungnahme-von-renn-zum-konsultationspapier-der-bundesregierung-aktualisierung-der-deutschen-nac>

4 RENN-Netzwerkbericht 2019: <https://www.renn-netzwerk.de/news/detail/news/renn-netzwerkbericht-2019-veroeffentlicht>

1. EINFÜHRUNG

Gemeinsam für eine Dekade der Transformation

Unser Handeln in der neuen Dekade wird entscheiden, ob die zwingend notwendige sozial-ökologische Transformation gelingt und damit die wissenschaftlich beschriebenen ökologischen Konsequenzen des Klimawandels oder des Verlusts der Artenvielfalt abgewendet werden können. Die 2016 von der Staatengemeinschaft verabschiedete Agenda 2030, die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie und die Nachhaltigkeitsstrategien in Ländern und Kommunen bilden für diese Transformation den notwendigen Rahmen.

Als RENN.west stellen wir in unserer täglichen Arbeit fest, dass eine zunehmende Anzahl an Akteuren die globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs) als Bezugspunkt für ihr eigenes Handeln adaptiert und an der Umsetzung mitwirkt. Allerdings muss konstatiert werden, dass auch vier Jahre nach Verabschiedung der Agenda 2030 zentrale Zielsetzungen aus heutiger Perspektive nicht erreicht werden.⁵ Der Emission Gap Report der UN identifiziert etwa eine erhebliche Lücke zwischen den notwendigen und tatsächlichen Treibhausgasreduktionen zur Einhaltung des 1,5°C Ziels.⁶ Auf nationaler Ebene stellen wir eine gleichlaufende Entwicklung fest, denn auch viele Ziele der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie sind „off-track“.⁷

Die folgenden Empfehlungen zur Fortentwicklung der DNHS sind in der Intention formuliert worden, dass sowohl die Zielsetzungen als auch deren Umsetzung und politische Durchsetzung in der nächsten Dekade wesentlich ambitionierter erfolgen muss.

Die Stellungnahme formuliert zunächst zwei übergeordnete Empfehlungen (Teil 1) und nimmt zur gemeinsamen Erklärung von Bund und Ländern vom 06. Juni 2019 zum

„Gemeinschaftswerk Nachhaltigkeit“⁸ Stellung (Teil 2). Es folgen detaillierte inhaltliche und strukturelle Anregungen zur Weiterentwicklung der DNHS unter Teil 3 und 4. Alle Vorschläge zur Weiterentwicklung sind in Teil 5 noch einmal zusammenfassend aufgeführt.

A) POLITISCHE PRIORITÄT FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

Das Jahr 2020 ist richtungsweisend, da auf europäischer Ebene die EU-Kommission einen Green New Deal mit ambitionierten Nachhaltigkeitszielen vorgelegt hat. Deutschland obliegt im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020 die besondere Verantwortung, die Umsetzung dieses politischen Programms mit hoher Priorität voran zu treiben. Die im sogenannten Reflection Paper⁹ diskutierte strategische Umsetzung der Agenda 2030 in Form einer übergeordneten Strategie muss nun entschieden verfolgt werden. Ebenso stellt die Ausrichtung des EU-Haushalts auf die sozial-ökologische Transformation und dessen Umsetzung auf allen Ebenen eine zentrale Herausforderung dar. Des Weiteren ist die Ausgestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) auf europäischer Ebene ein wichtiger Hebel für eine Nachhaltige Entwicklung.

Dieser Entwicklung ist auch in Deutschland durch eine konsistente Fortschreibung der DNHS Rechnung zu tragen. Zwar wurde die DNHS bereits 2016 an die 17 globalen Nachhaltigkeitsziele angepasst, bisher ist sie allerdings nicht handlungsleitend und im politischen Alltag wenig wahrnehmbar. Festzustellen bleibt, dass Ressortdenken auf allen föderalen Ebenen integrierte und nachhaltigkeitskonforme Lösungen oftmals kon-

5 Quelle: Independent Group of Scientists appointed by the Secretary-General (2019).

6 Quelle: UNEP (2019).

7 29 von 68 Indikatoren weisen eine Entwicklung auf, die bei Fortsetzung eine Zielverfehlung im Zieljahr um mehr als 20 % bedeuten würde. Quelle: Statistisches Bundesamt (2018).

8 Pressemitteilung der Bundesregierung, Nummer 194/19 (6. Juni 2019) <https://www.bundeskanzlerin.de/bkin-de/aktuelles/gemeinsam-fuer-eine-nachhaltige-entwicklung-bund-und-laender-erklaeren-ihre-verantwortung-fuer-eine-gute-zukunft-1635460>

9 Quelle: European Commission (2019).



terkariert. So ist etwa die Reduzierung der Flächeninanspruchnahme auf Bundesebene eine prioritäre Zielsetzung, während sie in aktuellen Länderstrategien relativiert wird. Politische Priorität bedeutet, dass internationale Vereinbarungen und nationale Zielsetzungen für Bundesländer und Kommunen eine Bindungswirkung entfalten, ohne das föderale System in Frage zu stellen.

B) SOZIALE GERECHTIGKEIT INNERHALB DER PLANETAREN GRENZEN – KOHÄRENZ STATT POLARISIERUNG

Ambitionierte Nachhaltigkeitspolitik muss kohärent mit anderen politischen Zielen gedacht werden. Derzeit kann jedoch beobachtet werden, dass notwendige Maßnahmen zur Wahrung der planetaren Grenzen und ebenso legitime soziale Belange der Bevölkerung gegeneinander ausgespielt werden und sich die Debatte polarisiert.¹⁰ Strategisches Ziel bei der Fortschreibung der DNHS sollte die kohärente Entwicklung von sozialen, umwelt- und klimapolitischen Maßnahmen sein.

Konkret wären hierbei politische Maßnahmen hinsichtlich ihrer ökologischen Lenkungswirkung und ihres sozialen Ausgleiches zu bewerten und entsprechend anzupassen. Der Fokus darf sich nicht nur auf neue Maßnahmen beschränken (z.B. Klimapaket, E-Mobilität), sondern muss explizit auch die Konsistenz bestehender Praktiken berücksichtigen (z.B. Besteuerung von Kraftstoffen, Agrarsubventionen, etc.). Die gebotene transparente Debatte und Kommunikation ist hierbei ein Beitrag zur signifikanten Akzeptanzsteigerung von Nachhaltigkeitspolitik in allen sozialen Milieus.

*Foto: © RENN.west /
Clemens Hess*

¹⁰ In Frankreich entstand als Reaktion auf die Einführung einer Benzinsteuern die Gelbwesten-Bewegung; der deutsche Kohleausstieg wurde zu einem entscheidenden Wahlkampfthema in Brandenburg und Sachsen; Bauern sehen ihre Existenz durch neue Umweltauflagen bedroht und äußern ihren Unmut mit Straßenprotesten.

2. GEMEINSCHAFTSWERK NACHHALTIGKEIT

Auf Initiative des Bundeskanzleramtes haben Bund und Länder in einer gemeinsamen Erklärung am 6. Juni 2019 zu einem „Gemeinschaftswerk Nachhaltigkeit“ aufgerufen. Nahezu zwanzig Jahre nach der ersten Veröffentlichung einer DNHS ist dieser erneute Impuls für eine stärkere Verankerung der deutschen Nachhaltigkeitsziele und der UN-Beschlüsse zur Agenda 2030 nicht nur nötig, sondern zwingend erforderlich.

Dabei ist die Grundvoraussetzung für ein Gemeinschaftswerk die Verbindlichkeit und das authentische Handeln der jeweiligen Akteure, die auf die DNHS „einzahlen“. Wir brauchen hierzu ein abgestimmtes Vorgehen, sowohl in der vertikalen Integration über die föderalen Ebenen Bund, Länder und Kommunen, aber auch ein kohärentes Agieren auf der jeweiligen Ebene selbst. Darüber hinaus ist die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele angewiesen auf die Zusagen der Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft, sich an diesem Gewerk gestaltend, kreativ und tatkräftig zu beteiligen. Hierzu muss es einen verbindlichen Rahmen geben, der die Mitwirkung aller gesellschaftlichen Kräfte einfordert, neue Allianzen initiiert und die Trendumkehr bei den „off-track“ Zielen einläutet. Dazu sind Pilotprojekte und Labore, in denen neue Lösungsansätze ausprobiert werden können, ebenso unabdingbar, wie ein Roll-Out der Projekte und Ansätze, die sich als erfolgreich herausgestellt haben.

Wir sind der festen Überzeugung, dass nur eine **ebenenübergreifende Herangehensweise, richtig gesetzte Anreize und ein gesamtgesellschaftlicher Konsens auf allen Ebenen** den Zielen einer Nachhaltigen Entwicklung zur Umsetzung verhelfen kann.

Hierzu bedarf es aus Sicht von RENN.west:

» der Abstimmung der Nachhaltigkeitsstrategien auf den Ebenen Bund, Land und Kommune und eine kontinuierliche Überprüfung ihrer Umsetzung durch

unabhängige Institutionen, um die Wirksamkeit zu erhöhen. Die Nachhaltigkeitsstrategien müssen dabei für alle Politikfelder handlungsleitend sein.

- » einer Verstärkung von kontinuierlichen, integrierten, verbindlichen und öffentlichkeitswirksamen Dialogprozessen auf allen föderalen Ebenen, wie sie bereits von den Regionalen Netzstellen Nachhaltigkeitsstrategien (RENN) begonnen wurden.
- » ein aufeinander abgestimmtes Anreiz- und Fördersystem, das dem Primat einer Nachhaltigen Entwicklung Rechnung trägt und konform mit dem Green New Deal der EU sein muss.
- » einer Kommunikations- und Öffentlichkeitsoffensive zu den 17 Nachhaltigkeitszielen und deren Umsetzung, die nicht moralisiert, sondern Lust auf eine nachhaltige Zukunft macht.

Ein Commitment zur Nachhaltigkeit kann kein Add-on mehr zum laufenden Geschäft sein, sondern muss Priorität im Handeln aller staatlichen und nichtstaatlichen Ebenen sein. Die Zeit des Abwartens ist vorbei. Zahlen wir also auf eine Nachhaltige Entwicklung nicht nur ideell, sondern auch materiell und nachvollziehbar ein. Benennen wir unsere eigenen Beiträge zur Umsetzung der Ziele und unterschreiben sie in einer gemeinsamen Erklärung. Hierfür benötigen wir Mittel, die in einer neuen Dimension die Transformation gestalten können und für die Staat und Gesellschaft gemeinsam zeichnen.

3. POLITIKINHALTE

3.1 Finanzen

Das Thema „Nachhaltige Finanzen“ erschöpft sich in der DNHS bisher in dem Ziel „Staatsverschuldung – Staatsfinanzen konsolidieren“. Als normativer Bezugsrahmen hierfür dient die „Generationengerechtigkeit“. Jedoch stellt diese nur eine von mehreren Dimensionen dar: Die bevorstehende sozial-ökologische Transformation bedarf massiver Investitionen,¹¹ u.a. in die Energieversorgung, Energieeffizienz, Mobilität und Digitalisierung. Im privaten Finanzsektor kann die Politik als Regulierer den Rahmen für Finanzmarktteilnehmende setzen und somit darauf hinwirken, Kapitalströme auf die Nachhaltigkeitsziele auszurichten.

Entsprechend begrüßen wir, dass die Bundesregierung eine Sustainable Finance Strategie entwickelt. Hier besteht die Herausforderung zum einen darin, die gesamten Finanzströme hin zu einer Treibhausgasneutralität (wie im Pariser Klimaabkommen unterschrieben und orientiert am 1,5 °C Limit) umzuschichten und zum anderen, eine zukunftsorientierte Berichterstattung größerer Unternehmen zur zügigen Erreichung von Treibhausgasneutralität und zur Umsetzung der SDGs einzuleiten. Dieses Berichtswesen muss den aktualisierten Sorgfaltspflichten

von Unternehmen entsprechen und gleichzeitig von Buchprüfungsgesellschaften und institutionellen Investoren auf ihre Wirkungen hin überprüft werden.

Allem voran muss jedoch die öffentliche Hand mit gutem Beispiel vorangehen, indem sie durch eine veränderte Anlagepolitik – u.a. mit Blick auf die Versorgungsrückstellungen des Bundes und der Länder – und einer Nachhaltigkeitsprüfung der eigenen Haushalte die Finanzierung nachhaltiger Transformation voranbringt.

Akteure verschiedener Länder und Kommunen ergreifen bereits Eigeninitiative und entwickeln nachhaltige Steuerungsinstrumente, die sich auch auf andere Ebenen übertragen lassen. Das Land Berlin investiert Pensionsrücklagen ausschließlich in den eigens angelegten Fonds Benexx, welcher ESG-Kriterien (Environmental, Social, Governance) bei Unternehmen berücksichtigt sowie fossile und atomare Energieträger und Kriegswaffenproduktion ausschließt. Schleswig-Holstein investiert mittlerweile ebenfalls in Benexx. Die Länder Baden-Württemberg, Brandenburg, Hessen und NRW lassen gemeinsam nachhaltige Aktienindizes entwickeln.

*Foto: ©RENN.west/
Clemens Hess*



¹¹ Siehe zum Beispiel die Berechnungen der Europäischen Kommission. Quelle: European Commission (2018).

RENN.west empfiehlt:

- » Bund, Länder und Kommunen folgen diesen Beispielen. **Die nachhaltige Anlage von Kapital aller Körperschaften wird als Ziel in die DNHS aufgenommen.** Die Stadt Bonn etwa hat nachhaltige Anlagerichtlinien aufgestellt, die nicht nur Negativkriterien anhand der ESG-Bewertungen, sondern auch Ansätze umfassen, über Positivkriterien Produkte und Dienstleistungen zu fördern, die im Sinne der SDGs nachhaltig sind.

Einige Kommunen – u.a. die Stadt Köln und der Kreis Unna, sowie neu im Jahr 2020 Bonn, Lüdenscheid und Jüchen – haben in Pilotprojekten Nachhaltigkeitshaushalte erstellt, die sich in Teilbereichen an eigenen Nachhaltigkeitszielen oder den globalen Nachhaltigkeitszielen ausrichten.

RENN.west schlägt vor:

- » Die **bundesweit flächendeckende Implementierung von wirkungsorientierten Nachhaltigkeitshaushalten und Anlagestrategien** wird als Ziel in die DNHS aufgenommen.

Um Investitionen in Nachhaltige Entwicklung zu fördern, greifen immer mehr Staaten und Gebietskörperschaften weltweit zum Instrument der nachhaltigen Geldanleihe (eng. „Green Bond“). In Deutschland hat NRW bereits die sechste einer solche Anleihe platziert. Diese geben Investoren schon heute die Möglichkeit, ihr Geld nachhaltig zu investieren.

RENN.west befürwortet folgende Maßnahmen:

- » Das **Instrument der Nachhaltigkeitsanleihe** findet verstärkt Verwendung und wird auch in anderen Ländern und auf Bundesebene eingesetzt.
- » Der Anspruch der Bundesregierung, Deutschland zu einem führenden Sustainable Finance Standort auszubauen, spiegelt sich auch in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie wider. Die **Transformation des Finanzsystems wird im Zielsystem der DNHS verankert** (z.B. mit Bezug zu SDG 8) und als Umsetzungsmechanismus für alle weiteren Ziele aufgenommen.

3.2 Klimaschutz

Die kontinuierlichen Forschungsergebnisse des Weltklimarats (IPCC) zeigen mehr als deutlich, dass die Weltgemeinschaft aufgefordert ist, die nötigen Maßnahmen zu ergreifen, bevor sich selbst verstärkende Prozesse in der Klimakrise in Gang treten. Mit großer Geschwindigkeit muss sich die Weltbevölkerung nun in Richtung Klimaneutralität bis 2050 bewegen. Diese Dringlichkeit in Bezug auf SDG 13 wird auch in der DNHS erkannt und deutlich formuliert. Es wird zudem festgehalten, dass der Maßstab für die Klimaschutzpolitik in Deutschland das 2015 verabschiedete Paris-Abkommen ist.

Bisher zeigen sich jedoch in der internationalen sowie deutschen Klimapolitik zwei elementare Lücken: *Erstens* reichen die von den verschiedenen Ländern bei den Klimaverhandlungen zugesicherten Klimaschutzziele insgesamt nicht aus, um das Pariser Abkommen zur Begrenzung der durchschnittlichen globalen Klimaerwärmung auf unter 2°C, möglichst 1,5°C, im Vergleich zum vorindustriellen Niveau, einzuhalten. *Zweitens* reichen in Deutschland (wie auch in vielen anderen Ländern) die von der Bundesregierung bisher angekündigten politischen Maßnahmen zum Klimaschutz nicht aus, um die aktuell gesetzten Klimaschutzziele zu erreichen. Diese Diskrepanz zwischen in der DNHS und anderenorts festgelegten Zielen und den umgesetzten oder angestrebten politischen Maßnahmen sollte bei einer Weiterentwicklung der DNHS zwingend aufgelöst werden.

Das in der DNHS benannte Emissionsreduktionsziel für 2020 (Senkung der Treibhausgase (THG) in Deutschland um mindestens 40 % gegenüber 1990, Punkt 13.1.a) wird nicht erreicht und auch die **Erreichung der Klimaziele für 2030 ist mit dem vorgelegten Klimaschutzprogramm nicht wahrscheinlich.**¹²

Daher empfiehlt RENN.west Nachbesserungen bei den klimapolitischen Maßnahmen in folgenden Bereichen:

- » In der Aktualisierung 2018 der DNHS setzte sich die Bundesregierung unter anderem das Ziel, im Jahr 2019 ein Gesetz zu verabschieden, das die Einhaltung der Klimaschutzziele 2030 gewährleistet. Um der DNHS zu entsprechen, nimmt die Bundesregierung **Anpassungen am letztlich verabschiedeten Klimaschutzgesetz** vor und ergänzt das Gesetz um eine langfristige Strategie. Prüfkriterium ist die Kompatibilität mit dem Pariser Abkommen.
- » Die Bundesregierung nimmt das Instrument der **CO₂-Bepreisung** inklusive einem tatsächlich sozialverträglichen Rückverteilungsmechanismus als Maßnahme für die THG-Reduzierung in die DNHS auf und passt die Bepreisung entsprechend der notwendigen Wirksamkeit an.
- » Die Bundesregierung entwickelt in der Fortschreibung der DNHS deutlich ambitioniertere Ziele und Strategien für den **Ausbau Erneuerbarer Energien¹³, Energieeinsparung** sowie **Energieeffizienz** und **Klimaschutz in der Industrie**, um die Klimaziele 2030 zu erreichen.
- » In Bezug auf das **Emissions-Einsparpotential in allen Bereichen** (insbesondere Mobilität, Landwirtschaft, Industrie, Energiewirtschaft, Gebäude) werden jeweils sektorspezifische Indikatoren und Ziele in der DNHS ergänzt.

¹² Quelle: Edenhofer et al. (2019)

¹³ Der Ausbau der Windenergie ist 2019 beinahe zum Erliegen gekommen.



Foto: © RENN.west /
Clemens Hess

3.3 Landwirtschaft und Biodiversität

Der Verlust der Artenvielfalt ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Eine Million Arten sind aktuell vom Aussterben bedroht.¹⁴ Die konventionelle Landwirtschaft trägt dazu erheblich bei, gleichzeitig ist sie selbst großen Herausforderungen ausgesetzt. Nur nachhaltige Lösungen führen zu einer zukunftsfähigen Landwirtschaft. Das multidimensionale Querschnittsthema Landwirtschaft weist vielfältige Wechselwirkungen mit anderen Politikbereichen wie etwa der Biodiversität und dem Klimaschutz auf und sollte deshalb politische Priorität genießen. In den genannten Bereichen ist Deutsch-

land weit von der Zielerreichung entfernt. Dadurch ist die Umgestaltung der Landwirtschaft ein Schlüssel für die Erreichung zahlreicher Nachhaltigkeitsziele.¹⁵ Während auch die Landwirtschaft zunehmend unter dem ökologischen Wandel leidet,¹⁶ erhöhen große Einzelhandelsketten stetig den Preisdruck auf die landwirtschaftliche Produktion. Als Folge äußern immer mehr Landwirt*innen ihre Unzufriedenheit mit der deutschen und europäischen Agrarpolitik.¹⁷ Die soziale Dimension der Landwirtschaft rückt damit in den Fokus und die Notwendigkeit zum Handeln ist nicht zu leugnen.

¹⁴ Quelle: IPBES (2019).

¹⁵ Eine nachhaltige Agrarpolitik muss nicht nur innerhalb von SDG 2 gestaltet werden, sondern mit Klima- (SDG 13), Natur- (SDG 15) und Gewässerschutz (SDG 14), Nachhaltiger Produktion und Konsum (SDG 12), Sauberm Wasser (SDG 6), Gesundheit (SDG 3), Menschenwürdigen Arbeitsbedingungen (SDG 8) und Industrie, Innovation und Infrastruktur (SDG 9) vernetzt gedacht werden. Zielkonflikte sind dabei sorgfältig zu analysieren und zu lösen.

¹⁶ durch den Klimawandel, Boden- und Wasserverschmutzung, Bienensterben u.a.

¹⁷ siehe vermehrte Proteste u.a. der Bewegung „Land schafft Verbindung“ seit 2019.

RENN.west befürwortet daher folgende Überarbeitung der DNHS:

- » Ein **sozio-ökonomischer Indikator für die Landwirtschaft** wird ergänzt (z.B. geschlossene Betriebe / Neugründungen kleiner Betriebe / Hofübernahmen).
- » Der Zielwert für den Indikator **Stickstoffüberschuss** (2.1.a) wird von 70 kg/ha auf 50 kg/ha gesenkt und ordnungspolitisch auf dessen Erreichung hingewirkt.
- » Ökologischer Landbau¹⁸ (2.1.b) wird auf EU-, Bundes- und Länderebene konsequent und verstärkt gefördert.
- » Die in der Prüfung befindlichen Indikatoren **Bodenqualität inkl. Ökoeffizienz und Lebensmittelabfälle und -verluste** werden in die DNHS aufgenommen.
- » Für den Indikator **Nitrat im Grundwasser** (6.1.b)¹⁹ wird eine deutlich ambitioniertere Zielsetzung und ein bestimmteres Vorgehen festgeschrieben, da die schädlichen Auswirkungen der Landwirtschaft auf Gewässer und Ökosysteme hier eindeutig sind.
- » Um die **Zielsetzungen für Biodiversität** (15.1, 15.2) zu erreichen, werden Maßnahmen angesichts des bestehenden Handlungsdruckes entschieden umgesetzt.
- » Die bevorstehende **Reform der GAP** bietet eine fundamentale Chance, nachhaltige Bewirtschaftung zur übergeordneten Zielsetzung werden zu lassen. Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, dass die SDGs als Referenzrahmen in der GAP verankert werden.

In unserer Arbeit stellen wir bei Bürger*innen, Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft großes Interesse an den Thematiken fest. Vielerorts werden bereits transformative Ansätze umgesetzt. Dazu gehört auch die Verabschiedung der *Frankfurter Erklärung* „Ernährungsdemokratie jetzt!“²⁰ im Rahmen einer von RENN.west unterstützten Veranstaltung. Mehrere Ernährungsräte fordern darin einen radikalen Systemwechsel für gute Ernährung und Produktion. Der Wunsch nach einem stärkeren Engagement der Bundesregierung für eine nachhaltige Landwirtschaft und Ernährung und den Erhalt der Biodiversität, besonders im Rahmen der DNHS und der GAP, wurde allgemein vielfach geäußert.

¹⁸ 2018 wurden 7,3% der landwirtschaftlich genutzten Fläche ökologisch bewirtschaftet, die Zielsetzung sieht 20% bis 2030 (ursprünglich 2020) vor.

¹⁹ Auch angesichts des EU-Vertragsverletzungsverfahrens gegen Deutschland ist das aktuelle Ziel, den Grenzwert von 50 mg/l erst bis 2030 einzuhalten, unzureichend.

²⁰ Die Frankfurter Erklärung 2018: <https://ernaehrungsrat-frankfurt.de/2-vernetzungskongress-der-ernaehrungsraete-23-25-11-18>

3.4 Mobilität

Eine der zentralen Stellschrauben bei der Erreichung der im Pariser Klimaabkommen zugesagten CO₂-Reduktionsziele für die Bundesrepublik Deutschland ist der Verkehrssektor. Ohne eine planvolle, sozial ausgewogene und zentral an den Reduktionsnotwendigkeiten orientierte Mobilitätswende sind diese Ziele nicht erreichbar. Hierbei sind **alle Systemebenen gefordert** (Bund, Länder und Kommunen) wie auch Produzent*innen und Konsument*innen und die einzelnen Verkehrsträger.

Die Verkürzung der Debatte auf das Ende des Verbrennungsmotors ist hierbei nicht ausreichend. **Mobilitätsvermeidung durch Veränderungen in der Arbeitswelt** sollten als Instrumente zur Zielerreichung ebenso genutzt werden wie **Veränderungen im Online-Handel oder ein überfälliges Tempolimit** auf deutschen Autobahnen. Die Transformation der Automobilindustrie ist mittlerweile bereits in vollem Gange. Die Bundespolitik hat hierbei gemeinsam mit den Sozialpartnern für einen sozialverträglichen Übergang zu sorgen und gleichzeitig Innovationen zu befördern, um Industriearbeitsplätze zukunftsfähig zu machen. Technologieoffenheit ist in dieser Frühphase sicher ein wichtiges Gebot, beispielsweise die Erzeugung klimaneutraler Kraftstoffe für den Flugverkehr und die Nutzung von Wasserstoff für den Güterverkehr betreffend.²¹

RENN.west befürwortet folgende Überarbeitungen der DNHS:

- » Ein **eigenständiger Indikator für die Reduktion der Treibhausgase im Verkehrssektor** (bezogen auf alle Verkehrsträger, aufgesplittet nach den einzelnen Verkehrsträgern) wird unter 13.1.b (neu) ergänzt.
- » Der Zielwert für den Indikator **Endenergieverbrauch im Güterverkehr und im**

Personenverkehr (11.2.a/b) bis 2030 wird von aktuell 15-20 % Reduktion auf ein Minimum von 30 % festgelegt. Der motorisierte Individualverkehr und der Güterverkehr erbringen so einen angemessenen Beitrag zum Klimaschutz.

- » Der zunehmende **Flächenverbrauch durch Verkehrsfläche** (11.1.a) wird bis 2025 umgekehrt. Eine Trendwende wird insbesondere in Ballungsräumen angestrebt. Das 30 ha-Ziel wird vor dem Hintergrund des Insekten- und Vogelsterbens zu einer Priorität. Auch ein Rückbau von Straßen wird mitbedacht.

Im Rahmen des von der Bundesregierung vorgelegten und von Bundestag und Bundesrat beschlossenen **Klimaschutzprogrammes 2030**²² ist u.a. der stärkere Ausbau des Schienenverkehrs und eine Förderung der Ziele für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) angestrebt. Bedeutsam ist hier, dass Veränderungen am Planungsrecht hinzugefügt werden, um die **Geschwindigkeit bei der Umsetzung zu erhöhen**. Dies betrifft auch den Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektromobilität, insbesondere im ländlichen Raum.

RENN.west unterbreitet daher folgende Empfehlungen:

- » Eine **gesetzliche Handhabe für Mieter*innen** gegenüber Vermieter*innen zur **Einrichtung einer Ladestation wird noch in 2020** umgesetzt.
- » Die Bundesregierung drängt im Rahmen ihrer Ratspräsidentschaft der Europäischen Union im zweiten Halbjahr 2020 auf eine **EU-weite Regelung zur Eindämmung der CO₂-Emissionen durch den Frachtverkehr und den boomenden Sektor des Kreuzfahrttourismus**.

²¹ Vgl. hierzu die 12 Thesen von Agora Verkehrswende: <https://www.agora-verkehrswende.de/12-thesen/>
²² Quelle: Bundesregierung (2019).

In Gesprächen und auf unseren Veranstaltungen haben wir wahrgenommen, dass Mobilität in vielen Teilen der Gesellschaft ein wichtiges Thema ist und großes Interesse an nachhaltigeren Mobilitätsformen besteht. So wurde etwa im Rahmen einer Reihe zur zukünftigen Mobilität im Saarland deutlich herausgearbeitet, dass Kommunen ihre Handlungsräume zur Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs besser nutzen können und sollen als bisher.

Weiterhin wurde deutlich, dass es unterschiedliche Transformationskonzepte für den Individualverkehr in städtischen Ballungsräumen und ländlichen Regionen geben muss. Dies wurde auch im Rahmen des Modellprojektes „Global Nachhaltige Kommune“ im Saarland eingehend diskutiert und gefordert.²³



Foto: ©RENN.west

²³ Im Rahmen der Fortschreibung der rheinland-pfälzischen Nachhaltigkeitsstrategie gingen über die Dialogplattform www.rlp2030.de zahlreiche Vorschläge zum Thema Mobilitätswende von Bürger*innen ein. Ein großes Kapitel der Empfehlungen des wissenschaftlichen Netzwerkes Nachhaltigkeit Rheinland-Pfalz (WINN) befasst sich ebenfalls damit. <https://isso.de/winn>

3.5 Bildung

Bildung vermittelt Wissen und Kompetenzen um jeden Einzelnen zu befähigen, die Auswirkungen des eigenen Handelns auf die Welt zu verstehen und verantwortungsvolle Entscheidungen zu treffen. In der Aktualisierung der DNHS 2018 heißt es: „Leistungen und individuelle Fähigkeiten sollen für die Zukunft eines Menschen entscheidend sein, nicht die soziale Herkunft. Bildung ist daher ein zentraler Schlüssel von Teilhabe.“²⁴ Insbesondere Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) befähigt Menschen zu zukunftsfähigem Handeln und Denken.

Damit Bildung diesen Funktionen besser gerecht wird, schlägt RENN.west folgende Weiterentwicklungen der DNHS in Bezug auf SDG 4 vor:

- » Künftig bilden die Indikatoren der DNHS neben quantitativen Größen wie der Beschuldungsdauer, Bildungsabschlüssen, Anzahl der Kinder in Ganztagsbetreuung auch **qualitative Aspekte** ab. Es werden insbesondere Indikatoren aufgenommen, die den Anspruch der „hochwertigen Bildung“ messbar machen.
- » Weiterhin bilden die **Indikatoren der DNHS die deutsche Bildungsinfrastruktur in ihrer Gänze ab**. Die Unterziele 4.3, 4.4 und 4.5 werden ebenfalls durch Indikatoren berücksichtigt.
- » In der kommenden Fortschreibung definiert die Bundesregierung den bereits angekündigten Indikator für das **Unterziel 4.7 „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“**. Sie orientiert sich dabei an bereits bestehenden Prozessen, beispielsweise dem UNESCO-Weltaktionsprogramm BNE sowie dem Förderprogramm „Entwicklung von Indikatoren für Bildung für Nachhaltige Entwicklung“.²⁵ Das internationale

UNESCO-Programm „ESD for 2030“ stellt neue Weichen für die Zielerreichung.²⁶ Dabei wird Nachhaltige Entwicklung nicht auf Umweltschutz reduziert, sondern berücksichtigt die globalen und sozialen Dimensionen unseres Handelns gleichwertig. Die ebenfalls von „ESD for 2030“ stammende Idee der transformativen Bildung, die dazu befähigt, über die Reduzierung des individuellen sozial-ökologischen Fußabdrucks hinaus politisch aktiv zu werden, um die globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs) umzusetzen, wird ebenfalls in die DNHS aufgenommen.

- » Zur **Verankerung von BNE in allen Lehr- und Bildungsplänen, Lehrerbildung und in der universitären Bildung** als notwendige Voraussetzung für Partizipation und Nachhaltige Entwicklung in allen Bildungseinrichtungen **werden in Zukunft außerschulische BNE-Anbieter*innen weiter gestärkt**. Der Orientierungsrahmen der Kultusministerkonferenz (KMK) für den Lernbereich Globale Entwicklung setzt hier mit dem Ansatz des Whole School Approaches einen verlässlichen Rahmen.²⁷
- » Im Sinne des **Whole School Approaches wird die Indikatorik in der DNHS auf Hochschulen ausgeweitet**. Der Whole School Approach ist Grundlage des Deutschen Nachhaltigkeitskodex für Hochschulen (Hochschul-DNK),²⁸ der als freiwilliges Instrument von den teilnehmenden Hochschulen Darlegungen zu den 20 DNK-Kriterien fordert. Bund und Länder ermöglichen den Hochschulen eine breite Beteiligung am Hochschul-DNK und messen die Erfolge über entsprechende Indikatoren in der Nachhaltigkeitsstrategie.

²⁴ Quelle: Bundesregierung (2018).

²⁵ Quelle: Deutsche UNESCO-Kommission (2017).

²⁶ Quelle: UNESCO (2019).

²⁷ Quelle: KMK (2016).

²⁸ Quelle: RNE (2018).

4. GOVERNANCE

4.1 Nachhaltigkeit im Grundgesetz

RENN.west teilt die Einschätzung, dass die Verankerung einer Nachhaltigen Entwicklung in der Verfassung das Vorsorgeprinzip als eine Prämisse politischer Entscheidungen stärkt. Somit würden die langfristigen Folgen unseres gegenwärtigen Handelns stärker, vor allem aber verbindlicher, in den Blick genommen.²⁹

Daher regt RENN.west an, Nachhaltige Entwicklung als **Staatsziel im Grundgesetz** zu verankern. Das Bundesland Hessen hat im Jahr 2019 Nachhaltige Entwicklung als Ziel in die Landesverfassung aufgenommen und somit als erstes Bundesland einen neuen Referenzrahmen politischen und gesellschaftlichen Handelns geschaffen.



Foto: ©RENN.west /
Clemens Hess

²⁹ Der Vorschlag, Nachhaltigkeit als Staatsziel im Grundgesetz zu verankern, ist originär vom Rat für Nachhaltige Entwicklung eingebracht worden, der hierzu ebenso ein Rechtsgutachten durch Prof. Dr. Joachim Wieland (Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer) zum Juni 2016 in Auftrag gegeben hat. Der Vorschlag wurde bereits im Rahmen einer öffentlichen Anhörung im Bundestag am 08.06.2016 diskutiert.

4.2 Verankerung im Parlament

Um eine Nachhaltige Entwicklung stärker in den politischen Diskurs einzubringen und so die Wirkungskraft, Relevanz und Effektivität der DNHS zeitnah zu erhöhen, bedarf es einer stärkeren Verankerung dieser im Parlament.

Zu diesem Zweck unterstützt RENN.west folgende Vorschläge:

- » Es wird angestrebt, den **Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung (PBnE) aufzuwerten**, indem er mit mehr Kompetenzen ausgestattet und als regulärer Bundestagsausschuss etabliert wird. Das Parlament wird sich in absehbarer Zeit damit beschäftigen.
- » Seit 2009 ist eine formelle Nachhaltigkeitsprüfung Teil der regulatorischen

Folgenabschätzung beim Beschluss neuer Gesetze und Verordnungen. **Der PBnE wird in Zukunft auch inhaltlich prüfen, ob ein Gesetz im Einklang mit den Zielen der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie steht oder sich Zielkonflikte abzeichnen.** Ähnliche Prüfinstanzen werden auch auf Länderebene eingerichtet. Im gleichen Zug wird der Beirat Maßnahmen zur Korrektur etwaiger Widersprüche vorschlagen. Die Prüfungsergebnisse werden transparent für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Die Nachhaltigkeitsprüfung wird nicht auf neue Gesetze und Verordnungen beschränkt bleiben, sondern schließt die bisherige Gesetzgebung mit ein und überprüft diese schrittweise.

4.3 Zielsystem und Indikatorik

In der aktualisierten Fassung der DNHS von 2018 werden den 17 SDGs insgesamt 67 Indikatoren zugewiesen. Für alle Indikatoren wurden zugehörige Ziele definiert, die weitgehend den SMART-Kriterien entsprechen.³⁰ In einem alle zwei Jahre erscheinenden Indikatorenbericht bewertet das Statistische Bundesamt die Zielerreichung.

RENN.west schätzt und begrüßt die direkte Verbindung von SDGs, Indikatoren und Zielsetzungen und die regelmäßige Überprüfung der Fortschritte.

RENN.west schlägt jedoch folgende Weiterentwicklungen vor:

- » Nach aktuellem Indikatorenbericht werden mindestens 29 der 67 formulierten Ziele in der DNHS bei einer gleichbleibenden Entwicklung verfehlt. **„Off-track“-Zielen kommt daher eine besondere Aufmerksamkeit zu.** Zu Beginn wird für jedes „off-track“ Ziel eine Analyse der Ursachen angefertigt. Im zweiten Schritt werden effektive Maßnahmen entwickelt und umgesetzt, um die Ziele wieder erreichbar zu machen. Für jedes Einzelziel werden für den Fall der Verfehlung Konsequenzen ausgehandelt, die dann in Kraft treten. Ebenso werden Zwischenziele für alle Oberziele festgelegt, die z.B. bis 2025 erreicht wer-

³⁰ SMART ist ein Akronym für Specific Measurable Achievable Reasonable Time Bound und dient z. B. im Projektmanagement als Kriterium zur eindeutigen Definition von Zielen.

den müssen. Diese eignen sich für eine Zwischenevaluation und vereinfachen die Bewertung der Entwicklung von Indikatoren, losgelöst von errechneten langfristigen Trends.³¹ Ab einem festgelegten Grenzwert wird eine Trendumkehr z.B. durch das Ordnungsrecht eingeleitet.

- » Deutschland, ebenso wie andere hoch-industrialisierte Länder, trägt bei der Umsetzung der Agenda 2030 und den SDGs eine besondere internationale Verantwortung – auch im Hinblick auf den im Vergleich deutlich höheren Ressourcenverbrauch. Durch so genannte „spillover“-Effekte³² hat dies auch Konsequenzen für andere Länder. Dieser Verantwortung wird zum einen Rechnung getragen, indem 11 der 67 Ziele aus der DNHS direkt Bezug darauf nehmen. Um der **internationalen Verantwortung Deutschlands** besser gerecht zu werden, wird außerdem **zu jedem SDG in der DNHS mindestens ein Nachhaltigkeitspostulat** formuliert, dass sich gezielt auf die internationale Verantwortung Deutschlands bezieht.

Als RENN.west unterstützen wir folgende Vorschläge:

- » Der Austausch zwischen Bund und Ländern zu Nachhaltigkeitszielen und Indikatoren wird intensiviert. Dieser **Austausch bezieht in Zukunft auch die kommunale Ebene mit ein**, damit wertvolle Lernprozesse auf kommunaler, regionaler und Landesebene in verstärktem Austausch kommuniziert und deren Ergebnisse integriert werden. Sich widersprechende Politiken, wie z.B. die Rücknahme des Ziels zur Reduzierung des Flächenverbrauchs in NRW³³ einerseits und die Zielsetzung 11.1.a der DNHS andererseits, den Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche zu senken³⁴, werden zu Gunsten der höheren Ambition in Sinne einer nachhaltigen Entwicklung in Einklang gebracht.

Als Regionale Netzstelle weisen wir einerseits auf regionale Unterschiede im Ambitionsniveau von Zielen und Umsetzung hin, andererseits unterstreichen wir die Rolle der Subsidiarität in der deutschen Nachhaltigkeitspolitik. Durch diese ist die Handhabe bestimmter, für die Zielerreichung maßgeblicher Politikbereiche auf Bundesebene nicht gegeben. So ist z.B. die Einrichtung eines Biodiversitäts-Indikators auf kommunaler Ebene dringend notwendig, liegt jedoch im Kompetenzbereich der Kommunen. **Die Kompetenzverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen darf nicht als Hindernis verstanden, sondern muss produktiv genutzt werden.**

31 Siehe auch WPN 2030 (2019: 22).

32 Siehe unter anderem BRIEF, S. P. (2019).

33 5 ha/Tag bis 2020, dieses Ziel wurde 2018 aus dem Landesentwicklungsplan gestrichen, s. <https://www.land.nrw/de/pressemitteilung/minister-pinkwart-wir-schaffen-mehr-freiraeume-fuer-investitionen-nordrhein>

34 auf 30 ha/Tag

4.4 Horizontale und vertikale Integration

RENN.west greift bewusst in ihren Dialogformaten Konflikte auf, die bei der Umsetzung einer sozial-ökologischen Transformation immanent sind, um im transparenten Austausch Konsenslinien herauszuarbeiten und neue Lösungsansätze zu entwickeln. Unsere Ambition ist es, möglichst viele Interessen in Einklang zu bringen, um die Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030, der Bundesregierung, der Länder und der Kommunen möglichst inklusiv und kohärent zu erreichen. Lehrreich ist hierfür ein Blick auf die kommunale oder Landesebene, wo neue innovative Strukturen die vormals etablierte Ressortlogik aufweichen. Dies schafft neue Formen der Kooperation innerhalb der Verwaltung sowie mit Politik und (Stadt-)Gesellschaft – und stärkt ein kohärentes Vorgehen.³⁵ Um eine Nachhaltige Entwicklung voranzubringen, bedarf es ähnlicher Prozesse auf allen föderalen Ebenen.

Die gemeinsame Erklärung von Bundeskanzlerin Angela Merkel und den Regierungschef*innen der Länder am 6. Juni 2019 „Gemeinsam für eine Nachhaltige Entwicklung – in Verantwortung für eine gute Zukunft in Deutschland, Europa und der Welt“ haben viele Netzwerkpartner in unserer Region mit großem Interesse wahrgenommen. Eine **stärkere Koordination und Kooperation zwischen Bund und Ländern zur Umsetzung der globalen Entwicklungsziele** wird unterstützt. Wir regen dabei an, bei dem strukturierten Dialog zu Zielen, Indikatoren und Umsetzungsmaßnahmen auch **Städte, Gemeinden und Kreise mit einzubeziehen**, da die vertikale Integration dieser zentralen Umsetzungsebene eine Nachhaltige Entwicklung stärkt (siehe auch Teil 2).

Foto: © RENN.west /
Clemens Hess



³⁵ Beispiele sind u.a. das Projekt „Global Nachhaltige Kommune in NRW“ (Kooperationsprojekt der LAG 21 NRW und der Engagement Global mit ihrer Servicestelle Kommunen in der Einen Welt aus Mitteln des BMZ), dessen Ansatz auch in Thüringen umgesetzt wird, sowie die partizipative Entwicklung des Klimaschutzplans NRW.

4.5 Strukturwandel nachhaltig und partizipativ gestalten

Die RENN.west-Region ist besonders von Strukturwandelprozessen geprägt, unter anderem im Rheinland, im Ruhrgebiet sowie im Saarland. Dieser Strukturwandel bedarf auch im Lichte der sozialen Gerechtigkeit innerhalb der planetaren Grenzen besonderer Aufmerksamkeit. Dabei birgt er nicht nur Risiken, sondern er bietet auch Chancen für eine Nachhaltige Entwicklung.

Mit dem Abschlussbericht der Kommission „Wirtschaftswachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ hat Deutschland die Weichen für einen Ausstieg aus der Kohlekraft gestellt. Wir erleben im Rheinischen Revier viele engagierte Menschen, die diesen Wandel tatkräftig mitgestalten möchten. Die Umgestaltung dieser Region könnte somit europaweit ein herausragendes Beispiel für eine partizipative sozial-ökologische Transformation werden und anderen als Vorbild dienen.

Jedoch laufen wir Gefahr, dass die Aufbruchstimmung und das positive Momentum „verpuffen“, da die angekündigte Bereitstellung der Fördergelder auf sich warten lässt. Die Zeit des Wartens erzeugt Unsicherheit und gefährdet die Chance, alte Konfliktlinien produktiv zu überwinden.

Für einen erfolgreichen Strukturwandel im Sinne einer sozial-ökologischen Transformation empfiehlt RENN.west, folgende Anregungen zu berücksichtigen:

» Die Vergabe der Strukturhilfen und weitere Maßnahmen werden **an strenge Nachhaltigkeitskriterien zur Umsetzung der Agenda 2030 gebunden** – insbesondere bezüglich ihres Beitrags zur Dekarbonisierung (vgl. SDG 13), aber auch zum Schutz der Biodiversität und der Gewässer in der Region (vgl. SDG 15 und 14) sowie zu sozialen Aspekten und einer verantwortungsvollen Wirtschaftsweise (vgl. SDG 1, 3, 11 und 12). Fragen sozialer Gerechtigkeit werden dabei

nicht nur im gegenwärtigen deutschen Kontext betrachtet, sondern nehmen unbedingt auch zukünftige Generationen sowie den globalen Süden mit in den Blick.

» **Partizipative Entscheidungsverfahren** spielen eine bedeutsame Rolle, wie dies auch der Abschlussbericht der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung vorsah. So ist die **systematische Einbindung von Kommunen und der Zivilgesellschaft sowie von Bürger*innen vor Ort** maßgeblich für eine erfolgreiche Nachhaltige Entwicklung. Derzeit ist jedoch zu befürchten, dass sowohl kommunale als auch zivilgesellschaftliche Akteure bei der Vergabe der Strukturfördergelder nicht ausreichend profitieren. Es mangelt an Personal- und finanziellen Ressourcen (für den oft nötigen Eigenanteil) zur Mittelbeantragung und -abwicklung. In Konkurrenz mit – im Einwerben von Fördermitteln geschulten – Forschungseinrichtungen haben sie voraussichtlich das Nachsehen. Daher muss **Kommunen und Zivilgesellschaft der Zugang zu den Strukturfördergeldern erleichtert werden**. Auch Bürger*innen dürfen nicht „ohnmächtig“ transformiert werden – stattdessen sollte durch Bürgerbeteiligungsprozesse ein breites „Ownership“ in der Bevölkerung geschaffen werden.

4.6 Vision 2030 für ein nachhaltiges Deutschland und Kommunikationsoffensive

Ein zentrales Ziel der RENN.west ist es, strategische Ansätze für eine Nachhaltige Entwicklung auf allen Ebenen bekannt zu machen. So haben wir in den vergangenen drei Jahren auch die DNHS mit ihren Zielen, Indikatoren, ihrer Architektur und ihren Umsetzungsinstrumenten in unserer Region vorgestellt.

Die DNHS wird international sowohl für ihr umfassendes Zielsystem als auch ihre Architektur gelobt. Als zentrales Umsetzungsinstrument der Agenda 2030 sollte sie daher eine Aufbruchsstimmung in Deutschland erzeugen. Wissenschaftliche Kriterien zur Wirksamkeit von Nachhaltigkeitsstrategien definieren das Vorhandensein einer gemeinsamen langfristigen Vision als ein zentrales Erfolgsmerkmal.³⁶ Eine solche Vision müsste von realistischen Zukunftsszenarien Deutschlands abgeleitet und auf Grundlage eines repräsentativen und transparenten Partizipationsprozesses entwickelt werden. Eine **positive Zukunftsvision würde ebenso das Dach für die Ziele der DNHS bilden und sollte Ausgangspunkt einer Kommunikationsoffensive** sein, die der politischen Priorität „Nachhaltige Entwicklung“ entspricht.

Wir freuen uns, dass die Bundesregierung mit der Öffentlichkeitskampagne „Die glorreichen 17“ einen weiteren Schritt unternommen hat, die Agenda 2030 niedrigschwellig einem breiten Publikum nahe zu bringen. Auch wir als RENN.west konnten mit der öffentlichkeitswirksamen Kampagne „Ziele brauchen Taten“ in Kooperation mit Borussia Dortmund (BVB) und anderen Vereinen der Fußball-Bundesliga, Dr. Wladimir Klitschko und Elena Carrière die Agenda 2030 mit ihren globalen Entwicklungszielen in unserer Region bei neuen Zielgruppen bekannter machen.³⁷

Aus dieser Erfahrung heraus stellen wir fest, dass insbesondere die Kommunikation zur

DNHS eine neue Qualität erreichen muss: **Ziel einer solchen Kommunikationsoffensive sollte es sein, milieuübergreifend zentrale Inhalte der Strategie zu vermitteln.** Eine Vision 2030 für ein nachhaltiges Deutschland könnte dafür ein wichtiger Ausgangspunkt sein. Die Kommunikation sollte sich weniger technisch-wissenschaftlicher, sondern stärker positiv-motivierender Narrative bedienen. Eine Herausforderung ist hier insbesondere eine verständliche Kommunikation der komplexen Wandelprozesse und den damit verbundenen Unsicherheiten.

Damit die Bürger*innen sich den notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen nicht „ausgeliefert“ fühlen, sollte außerdem ein stärkerer Fokus auf der Kommunikation der Möglichkeiten, selbst bei der Umsetzung der Agenda 2030 mitzuwirken, liegen. Dabei muss jedoch deutlich werden, dass Bürger*innen nicht nur eine Rolle als Konsument*innen, sondern als gestaltende Bürger*innen wahrnehmen und verschiedene der obengenannten Themen durch Veränderungen der Rahmenbedingungen in ihrem Umfeld selbst voranbringen können. Zudem sollte eine solche Kommunikations-offensive aufzeigen, welche Bezüge und welche Vorteile die Umsetzung der mitunter entfernt wirkenden Agenda 2030 für sie selbst und für andere – in Deutschland und weltweit – mit sich bringt.

³⁶ Quelle: OECD (2002).

³⁷ Link zur Landingpage der Kampagne „Ziele brauchen Taten“: www.ziele-brauchen-taten.de

5. ZUSAMMENFASSUNG

Das angebrochene Jahr 2020 entscheidet über die Weichenstellungen für eine Nachhaltige Entwicklung in der kommenden Dekade. Neben vielversprechenden Entwicklungen auf europäischer Ebene, die die Bundesregierung u.a. im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft maßgeblich mitgestalten kann, ist die Fortschreibung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie in diesem Jahr eine zentrale Stellschraube für die Umsetzung der Agenda 2030 in, mit und durch Deutschland.

Als RENN.west bringen wir dafür folgende Anregungen zu ihrer Weiterentwicklung ein:

ÜBERGEORDNETE ANLIEGEN ZUR DEUTSCHEN NACHHALTIGKEITSPOLITIK

Eine **Nachhaltige Entwicklung wird zur zentralen politischen Priorität** der deutschen Politik. Die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie wird für alle Politikfelder handlungsleitend und als Rahmen für ein Gemeinschaftswerk Nachhaltigkeit von allen gesellschaftlichen Kräften anerkannt.

Alle politischen Maßnahmen werden hinsichtlich ihrer ökologischen Lenkungswirkung und ihres sozialen Ausgleiches bewertet und angepasst. Fragen der **sozialen Gerechtigkeit** dürfen nicht gegen notwendige Maßnahmen zur Wahrung der planetaren Grenzen ausgespielt werden.

GEMEINSCHAFTSWERK NACHHALTIGKEIT

» Nachhaltigkeitsstrategien auf den Ebenen Bund, Land und Kommune werden aufeinander abgestimmt. Es erfolgt eine kontinuierliche Überprüfung ihrer Umsetzung durch unabhängige Institutionen. Die Nachhaltigkeitsstrategien müssen dabei für alle Politikfelder handlungsleitend sein.

- » Kontinuierliche, integrierte, verbindliche und öffentlichkeitswirksame Dialogprozesse, wie sie bereits von den Regionalen Netzstellen Nachhaltigkeitsstrategien (RENN) begonnen wurden, werden auf allen föderalen Ebenen verstärkt.
- » Es wird ein aufeinander abgestimmtes Anreiz- und Fördersystem etabliert, das dem Primat einer Nachhaltigen Entwicklung Rechnung trägt.

POLITIKINHALTE

Finanzen

- » Die **nachhaltige Anlage von Kapital** (z.B. Pensionsrücklagen) aller Körperschaften wird als Indikator in die DNHS aufgenommen.
- » Die bisher in Pilotprojekten erfolgreich getestete Aufstellung von **Nachhaltigkeitshaushalten** wird auf allen Ebenen (Bund, Länder, Kommunen) bundesweit im Rahmen der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie gefördert. Eine schrittweise Umsetzung wird auch als Indikator und Ziel in der DNHS verankert.
- » Das Instrument der **Nachhaltigkeitsanleihe**, wie es derzeit in einigen Ländern Anwendung findet, wird auch auf Bundesebene eingesetzt.

Klimaschutz

- » Das verabschiedete **Klimaschutzgesetz** wird überarbeitet, um entsprechend der DNHS eine Kompatibilität mit dem Pariser Abkommen herzustellen.
- » Das Instrument der **CO₂-Bepreisung** wird als Maßnahme zur THG-Reduzierung in die DNHS aufgenommen.

- » In der Fortschreibung der DNHS werden deutlich ambitioniertere Ziele für den **Ausbau erneuerbarer Energien, Energieeinsparungen, Energieeffizienz und Klimaschutz in der Industrie** entwickelt.
- » Es werden jeweils **sektorspezifische Emissionsreduktionsziele** (insbesondere für Mobilität, Landwirtschaft, Industrie, Energiewirtschaft, Gebäude) in der DNHS ergänzt.

Landwirtschaft und Biodiversität

- » Die bestehende Indikatorik zur Landwirtschaft wird durch einen **sozio-ökonomischen Indikator** ergänzt (z.B. geschlossene Betriebe / Neugründungen kleiner Betriebe / Hofübernahmen).
- » Der Zielwert für den Indikator **Stickstoffüberschuss** wird von 70 kg/ha auf 50 kg/ha gesenkt und ordnungspolitisch auf dessen Erreichung hingewirkt.
- » Der **ökologische Landbau** wird auf EU-, Bundes und Länderebene konsequent und verstärkt gefördert.
- » Die Indikatoren **Bodenqualität** und **Lebensmittelabfälle und -verluste** werden in die DNHS aufgenommen.
- » Für den Indikator **Nitrat im Grundwasser** wird eine deutlich ambitioniertere Zielsetzung und bestimmteres Vorgehen festgeschrieben.
- » Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, dass die **SDGs als Referenzrahmen in der GAP** verankert werden.

Mobilität

- » Aufgrund der großen Potentiale des Mobilitätssektors zum Erreichen der Klimaschutzziele wird dessen **Umgestaltung über alle Systemebenen** (Bund,

Länder und Kommunen) wie auch Produzent*innen und Konsument*innen prioritär behandelt.

- » Die Indikatorik wird um einen **eigenständigen Indikator für die Reduktion der Treibhausgase im Verkehrssektor** (bezogen auf alle und aufgesplittet nach einzelnen Verkehrsträgern) unter 13.1.b (neu) ergänzt.
- » Der Zielwert **Endenergieverbrauch im Güterverkehr und im Personenverkehr** (11.2.a/b) wird für 2030 auf das Minimum 30 % festgelegt.
- » Der zunehmende **Flächenverbrauch durch Verkehrsfläche** (11.1.a) wird bis 2025 umgekehrt. Eine Trendwende wird insbesondere in Ballungsräumen angestrebt.
- » Die Bundesregierung strebt einen stärkeren **Ausbau des Schienenverkehrs** und eine **Förderung des ÖPNV** an.

Bildung

- » Künftig bilden die Indikatoren der DNHS neben quantitativen Größen wie der Beschuldungsdauer, Bildungsabschlüssen, Anzahl der Kinder in Ganztagsbetreuung auch **qualitative Aspekte** ab. Es werden insbesondere Indikatoren aufgenommen, die den Anspruch der „hochwertige Bildung“ messbar machen.
- » Weiterhin bilden die Indikatoren der DNHS die deutsche Bildungsinfrastruktur in ihrer Gänze ab. Die Unterziele 4.3, 4.4 und 4.5 werden ebenfalls durch Indikatoren berücksichtigt.
- » In der kommenden Fortschreibung definiert die Bundesregierung den bereits angekündigten Indikator für das **Unterziel 4.7 „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“**. Sie orientiert sich dabei



an bereits bestehenden Prozessen, beispielsweise dem UNESCO-Weltaktionsprogramm BNE sowie dem Förderprogramm „Entwicklung von Indikatoren für Bildung für Nachhaltige Entwicklung“.

- » **Zur Verankerung von BNE in allen Lehr- und Bildungsplänen, Lehrerbildung und in der universitären Bildung** als notwendige Voraussetzung für Partizipation und Nachhaltige Entwicklung in allen Bildungseinrichtungen **werden in Zukunft außerschulische BNE-Anbieter*innen weiter gestärkt.**
- » Im Sinne des **Whole School Approaches** wird die **Indikatorik in der DNHS auf Hochschulen ausgeweitet.**

GOVERNANCE

- » Eine Nachhaltige Entwicklung wird als **Staatsziel im Grundgesetz** verankert.
- » Der **Parlamentarische Beirat** wird aufgewertet und erhält eine inhaltliche Prüfungskompetenz im Rahmen der Nachhaltigkeitsprüfung von Gesetzen und Verordnungen.
- » Die „**off-track**“-Ziele werden in der weiteren Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie prioritär behandelt. Für alle Ziele werden Zwischenziele aufgestellt. Bei Verfehlungen von Zielen bzw. Zwischenzielen werden Konsequenzen definiert.

- » Für jedes SDG wird in der DNHS mindestens ein Nachhaltigkeitspostulat mit entsprechenden Zielen und Indikatoren formuliert, dass sich auf **die internationale Verantwortung Deutschlands** bezieht.
- » Beim Austausch zwischen Bund und Ländern zu Nachhaltigkeitszielen und Indikatoren wird auch die kommunale Ebene miteinbezogen.
- » Der DNHS wird eine **Vision 2030** vorgestellt, die in einem repräsentativen und transparenten Partizipationsprozess entwickelt wird. Diese bildet das Dach für die Ziele der DNHS.
- » Diese Vision ist Ausgangspunkt einer **Kommunikationsoffensive**, die der politischen Priorität „Nachhaltige Entwicklung“ entspricht, die milieuübergreifend zentrale Ziele der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie vermittelt, ihre Bedeutung für das Leben der Bürger*innen Deutschlands darstellt sowie Lust macht, an der Umsetzung mitzuwirken.
- » Die Vergabe von **Fördermitteln zur Gestaltung von Strukturwandelprozessen** wird an strenge Nachhaltigkeitskriterien zur Umsetzung der Agenda 2030 gebunden. Grundlage dieser Transformationsprozesse sind partizipative Entscheidungsverfahren, die Kommunen, Zivilgesellschaft sowie Bürger*innen vor Ort systematisch mit einbinden.

Fotos: © RNE/
Ralf Rühmeier

QUELLENVERZEICHNIS

- Brief, S. P. (2019).** International spillovers and the Sustainable Development Goals (SDGs).
- Bundesregierung (2018).** Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie Aktualisierung.
- Bundesregierung (2019).** Klimaschutzprogramm 2030 der Bundesregierung zur Umsetzung des Klimaschutzplans 2050.
- Deutsche UNESCO-Kommission (2017).** Education 2030. Bildungsagenda 2030 Aktionsrahmen für die Umsetzung von Sustainable Development Goal 4. Kurzfassung der Deutschen UNESCO-Kommission.
- Edenhofer, O., Flachland, C., Kalkuhl, M., Knopf, B., Pahle, M. (2019).** Bewertung des Klimapakets und nächste Schritte. CO₂-Preis, sozialer Ausgleich, Europa, Monitoring.
- European Commission (2018).** Financing Sustainable Growth. European Commission Action Plan. Factsheet.
- European Commission (2019).** Reflection paper. Towards a sustainable Europe by 2030.
- Global Sustainable Development Report 2019: The Future is Now – Science for Achieving Sustainable Development.**
- Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services (IP-BES) (2019).** Global assessment report on biodiversity and ecosystem services of the Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services. E. S. Brondizio, J. Settele, S. Díaz, and H. T. Ngo (editors).
- Kultusministerkonferenz (KMK) (2017).** Orientierungsrahmen für den Lernbereich globale Entwicklung.
- Organisation for Economic Cooperation and Development (OECD) (2002).** Sustainable Development Strategies: A Resource Book.
- Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE) (2018).** Der hochschulspezifische Nachhaltigkeitskodex.
- Statistisches Bundesamt (2018).** Nachhaltige Entwicklung in Deutschland. Indikatorenbericht 2018.
- United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (UNESCO) (2019).** Framework for the implementation of education for sustainable development (ESD) beyond 2019.
- United Nations Environment Programme (UNEP) (2019).** Emissions Gap Report 2019.
- wpn2030 - Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030 (2019).** Ergebnisse Online-Kon-sultation 2019. Eine Frage der Wissenschaft: Die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie auf dem Prüfstand.

Das Netzwerk

Vier Regionale Netzstellen Nachhaltigkeitsstrategien (RENN.nord, RENN.mitte, RENN.süd und RENN.west) und eine Leitstelle beim Rat für Nachhaltige Entwicklung sind 2016 mit der Neuauflage der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie eingerichtet worden. Sie sind seitdem fester Bestandteil der Deutschen Nachhaltigkeitsarchitektur.

Inhaltliche Grundlage der gemeinsamen Arbeit sind die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie und die von der UN erarbeiteten Sustainable Development Goals (SDGs) der Agenda 2030.

RENN.west bezieht sich in ihrer Arbeit auf die Bundesländer Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und das Saarland. Unter Trägerschaft der Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e. V. arbeiten die Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung Hessen e.V., das Entwicklungspolitische Landesnetzwerk Rheinland-Pfalz e.V., der Umwelt-Campus Birkenfeld der Hochschule Trier, die Energieagentur Rheinland-Pfalz GmbH, die Europäische Akademie Otzenhausen gGmbH und Germanwatch e.V. gemeinsam daran, eine Nachhaltige Entwicklung in unserer Region stärker zu verankern.

Unser gemeinsames Ziel ist es, möglichst viele gesellschaftliche Kräfte für die Umsetzung der Agenda 2030 in Deutschland und der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie zu gewinnen, ihr Engagement zu verstärken und aufeinander zu beziehen. Durch mehr Vernetzung, mehr Kooperation und Absprachen in Politik und Gesellschaft tragen wir zu einer neuen Kultur der Nachhaltigkeit in Deutschland bei. Lokales Engagement vor Ort verknüpfen wir mit den Erfordernissen der Agenda 2030 auf allen Ebenen und machen so den Handlungsdruck auf alle politischen Ebenen deutlich.

Foto: ©RENN.west/
Clemens Hess



